

Der vorliegende Text ist in der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP, 31 (2002) 3, S. 291 – 303), Schwerpunktthema „Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus in Europa“ (Hg. Erich Fröschl) erschienen.

Katrin AUER, geb. 1974, Studium der Politikwissenschaft und Geschichte (Mag. phil.) an der Universität Wien, Mitarbeiterin des Ausstellungsprojektes „Wege nach Ravensbrück. Erinnerungen von österreichischen Überlebenden des Frauen-Konzentrationslagers“, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Konfliktforschung (Wien), Forschungsinteressen: Rechtsextremismus und „Neue Rechte“, NS-Geschichte, Oral History, Gender Studies. Adresse: Institut für Konfliktforschung, Lisztstraße 3, A-1030 Wien, katrin.auer@ikf.ac.at

„Political Correctness“ – Ideologischer Code, Feindbild und Stigmawort der Rechten

von
Katrin Auer

Seit Mitte der 90er Jahre wurden der Begriff "political correctness" und ein Metadiskurs über "political correctness" in österreichischen und deutschen Medien- und Politikdiskursen etabliert. Vor allem der Metadiskurs, der sich mit den ideologischen Inhalten und realpolitischen Auswirkungen auseinandersetzt, erfüllt in deutschsprachigen Diskursen spezifische Funktionen, von denen in erster Linie Konservative und Rechtsextreme profitieren. Begriff und Metadiskurs werden hier nur diskursanalytisch und ideologiekritisch untersucht. Während der Begriff "political correctness" als ideologischer Code und Stigmawort eingesetzt wird, produziert der Metadiskurs ein rechtes bzw. rechtsextremes Feindbild. Unter dem Phänomen "political correctness" wird generell das Spektrum emanzipatorischer und linker Theorie bzw. Praxis subsumiert und diffamiert. Gleichzeitig modifiziert der Metadiskurs die Bedeutung rechtsextremer und revisionistischer Inhalte, indem diesen unter Berufung auf die Meinungsfreiheit als vermeintlich notwendigen Tabubrüchen in öffentlichen Diskursen Raum gegeben werden müsse.

Kontakt:

Akademie für Internationale Politik des Renner-Instituts
Dr. Erich Fröschl
T +43-1-804 65 01-17
froeschl@renner-institut.at

Katrin Auer (Wien)

„Political Correctness“ – Ideologischer Code, Feindbild und Stigmawort der Rechten

Seit Mitte der 90er Jahre wurden der Begriff „political correctness“ und ein Metadiskurs über „political correctness“ in österreichischen und deutschen Medien- und Politikdiskursen etabliert. Vor allem der Metadiskurs, der sich mit den ideologischen Inhalten und realpolitischen Auswirkungen auseinandersetzt, erfüllt in deutschsprachigen Diskursen spezifische Funktionen, von denen in erster Linie Konservative und Rechtsextreme profitieren. Begriff und Metadiskurs werden hier nur diskursanalytisch und ideologiekritisch untersucht. Während der Begriff „political correctness“ als ideologischer Code und Stigmawort eingesetzt wird, produziert der Metadiskurs ein rechtes bzw. rechtsextremes Feindbild. Unter dem Phänomen „political correctness“ wird generell das Spektrum emanzipatorischer und linker Theorie bzw. Praxis subsumiert und diffamiert. Gleichzeitig modifiziert der Metadiskurs die Bedeutung rechtsextremer und revisionistischer Inhalte, indem diesen unter Berufung auf die Meinungsfreiheit als vermeintlich notwendigen Tabubrüchen in öffentlichen Diskursen Raum gegeben werden müsse.

Seit Mitte der 90er Jahre wurde der Wortschatz politischer Debatten und ideologischer Auseinandersetzungen in Österreich um einen prägnanten Begriff erweitert. „Political Correctness“, „Politische Korrektheit“ oder auch die Adverbform „politically correct“ bzw. „politisch korrekt“ sind ebenso wie die Bezeichnung „Gutmensch“ seither in vieler Munde.

Um die Funktion der Bezeichnung „political correctness“ zu erkennen, ist ideologiekritisch und diskursanalytisch nach Inhalten, Methode und Geschichte des Diskurses zu fragen, der zum Thema „political correctness“ geführt wird. Weiters stellt sich die Frage, wer die wesentlichen AkteurInnen und somit auch ProfiteurInnen dieses Diskurses sind und welcher ideologischen Richtung sie angehören.

Schon bei einer oberflächlichen Betrachtung der Verwendung und inhaltlichen Bedeutung des Begriffes „political correctness“ und des darüber geführten Metadiskurses fällt allerdings auf, dass Begriff und Diskurs inhaltlich in erster Linie konservativ und rechtsextrem gefüllt sind. Da von der inhaltlichen Definition und Konnotierung der Bezeichnungen „political

correctness“ und „Gutmensch“ sowie von der ideologischen Ausrichtung und den Methoden des Diskurses zu „political correctness“, auf die ideologische Heimat der AkteurInnen und ProfiteurInnen geschlossen werden kann, geht diese Untersuchung von der These aus, dass es sich hier um die erfolgreiche Umsetzung rechtsextremer Diskursstrategien (Retorsion von Begriffen, „Tabubruch“ etc.) handelt.

Neben der bereits existierenden wissenschaftlichen Sekundärliteratur zum US-amerikanischen Diskurs setzt sich das Material für die Analyse des Diskurses in der BRD und Österreich in erster Linie aus Primärquellen aus dem Mediendiskurs zusammen. Diese Texte wurden in einem ersten Schritt nach dem Kriterium, ob der Begriff „pc“ Verwendung fand, ausgewählt. In einem zweiten Schritt wurde zwischen Beiträgen zum Metadiskurs bzw. den Begriff reproduzierenden Beiträgen unterschieden und mit den Methoden der kritischen Diskursanalyse untersucht. Zu ersteren zählen v.a. Buchpublikationen, Zeitungskommentare und modellbildende akademische und journalistische Texte. Die zweite Quellengruppe setzt

sich aus LeserInnenbriefen und ebenfalls journalistischen Beiträgen zusammen.

Die folgende Darstellung versucht, die Geschichte und die Inhalte des Diskurses zu rekonstruieren und seine Funktionen herauszufiltern. Zur Vorgeschichte des deutschsprachigen Diskurses zählt der US-amerikanische Diskurs, der v.a. in den Medien und im akademischen Bereich geführt wurde. Daran schließt die Darstellung des Diskurses in der BRD und Österreich an, nämlich wann und von wem der Diskurs importiert und auf welchen Diskursebenen er etabliert werden konnte, um schließlich die Funktion und ideologische Ausrichtung des Diskurses herausarbeiten zu können.

„Political Correctness“ in den USA

Der Begriff „political correctness“ hat seinen Ursprung in den USA. Die Bezeichnung wurde aber ebenso wie der Diskurs aus den USA in den deutschsprachigen Wortschatz erst zu einem bestimmten Zeitpunkt und aus einem spezifischen Kontext importiert.

Lorna Weir (1995) rekonstruierte für den nordamerikanischen Diskurs drei Phasen, an deren Ende der Begriff „political correctness“ so sehr in den Alltagsdiskurs integriert war, dass man von einem „household word“ (Weir 1995, 51) sprechen kann. Der Beginn der ersten Phase war ein „social movement use dating from the late 1960s“, an den ein „mass media use located in newspapers during the 1980s“ anschloss, dem wiederum eine „media news wave from October 1990“ folgte (Weir 1995, 53).

Während in der ersten Phase der Begriff in seiner Adverbform „politically correct“ innerhalb der Linken und Neuen Sozialen Bewegungen als ironische Selbstkritik an andere Gleichgesinnte gerichtet war, wurde die Bezeichnung in der zweiten Phase der massenmedialen Verbreitung als Fremdbezeichnung kritisch und meist schon negativ konnotiert auf linke, feministische und antirassistische Gruppen angewendet. Im Zuge der dritten Phase, zu Beginn der 1990er Jahre, wurde der Diskurs vollkommen von Neokonservativen dominiert und der Be-

griff ausschließlich als negative Fremdbezeichnung verwendet. Mit der Zeit wurde der Begriff allerdings auch von Linken mitsamt seiner negativen Konnotationen in die Kritik an der Linken integriert (Weir 1995, 53 f.).

Im Vergleich zu den Auseinandersetzungen über „political correctness“ in der BRD oder in Österreich, handelte es sich in den USA in erster Linie um einen akademisch und medial geführten Diskurs. Aufgrund der Form und Weite der Auseinandersetzung in den USA interpretiert Diederich Diederichsen die neokonservative Ausrichtung dieses Diskurses als „einen Krieg nicht gegen einzelne Inhalte von Wissenschaften, sondern als Attacke auf die Geisteswissenschaft schlechthin“ (Diederichsen 1996, 23). Denn auf die Kritik der Frauen-, Schwulen-, Lesben- und Civil Rights-Bewegungen an der androzentrischen und weißen Dominanz in universitären Lehrplänen, auf die daraus resultierenden Antidiskriminierungs- und Gleichberechtigungsmaßnahmen (affirmative actions) sowie auf die Etablierung von women's, gay/lesbian und black studies antwortete das neokonservative Lager diskursstrategisch mit der Synonymisierung dieser Forderungen mit der negativ konnotierten „political correctness“ (Frank 1996a, 26 f.).

Dorothy E. Smith (1995) wertet die Bezeichnung „politically correct“ als ideologischen Code, der von neokonservativer Seite instrumentalisiert wird. Die spezifische Funktion ideologischer Codes ist es, in öffentlichen Diskursen zu operieren und dort gesprochenen bzw. geschriebenen Text zu strukturieren. Die Art und Weise, wie ideologische Codes Texte bzw. Gespräche organisieren und deren Inhalte regulieren, definiert zwar, worüber und in welcher Weise über Themen gesprochen wird, doch erscheint es den DiskursteilnehmerInnen nicht als Zensur, obwohl der Code implizit diese Funktion zu erfüllen hat (Smith 1995, 27).

Thus the PC code, as regulator of the social relations of public discourse, sets up a discursive order locating the reading/listening subject within the circle that preserves the 'normal forms' and exclusions against initiatives for change from those the circle marginalizes. It redraws the time-dishonoured boundaries constituting the centrality of white masculinity to the relations

of ruling and the otherness of those who challenge that hegemony. (Smith 1995, 47)

Entscheidend für den Einfluss und die Wirkungsmächtigkeit ist außerdem, dass der Code unabhängig von jenen Ideologien agiert, die ihn ursprünglich hervorgebracht haben, sodass der Code auch von Personen aufgegriffen und reproduziert wird, die diesen Ideologien eigentlich fern stehen (Smith 1995, 31).

Bezogen auf den Begriff „political correctness“ bedeutet das:

‘Political correctness’ as an ideological code is a piece of the counter-establishment’s resistance to loss of an exclusive authority founded in gender and imperialism within the sphere of public discourse. (Smith 1995, 31)

Der reaktionäre Background des Begriffes „political correctness“ trat in den USA ab Beginn der 1990er Jahre deutlich zu Tage. Ein wesentlicher Faktor in dieser Entwicklung war ein *New York Times*-Artikel von Richard Bernstein (1990). Bernstein übernahm die neokonservative Instrumentalisierung des Begriffes und festigte die negative Konnotation von „political correctness“ im journalistischen Diskurs. Mit der Darstellung angeblich „politisch korrekter“ Inhalte, Theorie und Praxis lieferte Bernstein den LeserInnen eine Art Gebrauchsanweisung zur Identifizierung von „political correctness“ und ihrer AkteurInnen, indem er unter das übergeordnete Phänomen „pc“ verschiedene Positionen als Hyponyme subsumierte. Durch das spezifische Verknüpfen unterschiedlicher Begriffe produzierte der Text eine neue gemeinsame Bedeutung für diese (Weir 1995, 64). Subsumiert wurden etwa affirmative action, gay/lesbian studies, antirassistische und feministische Positionen, die zugleich negativ konnotiert wurden. Gemeinsam ist all diesen Co-Hyponymen ihre tatsächliche Opposition zu neokonservativen Inhalten, vor allem in den akademischen und bildungspolitischen Debatten.

The meaning entailment between PC and its hyponyms enabled neoconservatives to simultaneously attack a wide host of changes taking place in the university today, unifying them under a convenient-to-use collocation. (Weir 1995, 64)

Bernstein reproduzierte diese stigmatisieren-

de und diffamierende Funktion nicht nur, sondern politisierte den Diskurs in eine spezifische Richtung.

The text constitutes PC as co-hyponym of orthodoxy, Stalinism, fascism, and fundamentalism. The text may also be read as placing PC at the same level of hierarchy as fascism and constituting orthodoxy and fundamentalism as superordinate to PC and fascism. (Weir 1995, 66)

In dieser Verfasstheit – entnommen aus einem neokonservativ dominierten Diskurs zu einem Zeitpunkt, als der Begriff schon seine inhaltliche Bedeutungsverschiebung erfahren hatte und mit negativen, diffamierenden Konnotationen ausgestattet war – wurde die Bezeichnung „political correctness“ auf der journalistischen Ebene in den öffentlichen Diskurs der BRD eingeführt.

„Politische Korrektheit“ in der BRD

Wesentlicher Anfangspunkt des deutschsprachigen Diskurses zu „political correctness“ sind Jörg Uthmanns (1991) und Dieter E. Zimmers (1993) Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* bzw. in *Die Zeit*. Zimmers Artikel wirkte hier ebenso modellbildend wie Richard Bernsteins NYT-Artikel. In der Folge widmeten sich vor allem bundesdeutsche Elitemedien einem journalistischen Meta-Diskurs zu „political correctness“, der mit drei Subthemen verknüpft wurde: Frauen, marginalisierte und diskriminierte Gruppen sowie Trikont-Themen.

Karsta Frank (1996a) hält in ihrer Analyse fest, dass von einer publizistischen Debatte, in der KritikerInnen und BefürworterInnen ihre Argumente austauschen, keine Rede sein konnte.

Tatsächlich unterscheiden sich die Beiträge nach ihrem intellektuellen Niveau und der Differenziertheit ihrer Argumentation, aber die Unterschiede in der politischen Bewertung der ‚PC‘ sind kaum auszumachen: Die ist durchgängig kritisch. (Frank 1996a, 25)

Auch Brigitta Huhnke (1999) kommt zu der Erkenntnis, dass die deutsche Debatte „insgesamt einige intellektuelle Stufen niedriger als in den USA“ einsetzte.

Nicht so sehr rechte Professoren vom Campus, sondern beflissene Journalisten boxten das ‚pc‘-Plagiat

über die Feuilletonseiten in den öffentlichen Diskurs. (Huhnke 1999, 22)

In diesem Sinne kann die Etablierung und Integration des Begriffes „political correctness“ mit seiner diffamierenden Konnotation als „erfolgreiche(s) Produkt eines medialen Diskurses“ (Frank 1996a, 25) identifiziert werden.

Ab 1995 setzte parallel zum Feuilleton auf dem deutschen Buchmarkt ein wahrer Anti-„pc“-Boom ein. (Neo-)Konservative und rechts-extreme Autoren widmeten dem Thema „political correctness“ ganze Bücher, da sie „pc“ für eine „Gefahr“ für Demokratie, Meinungsfreiheit sowie für hegemoniale Männlichkeit und patriarchale Ordnungsmodelle hielten. 1997 war der Begriff schließlich in den öffentlichen Diskursen schon so geläufig, dass sich seine deutsche Übersetzung „Politische Korrektheit“ endgültig durchsetzte (Huhnke 1999, 24).

Deutlich ist die direkte Bezugnahme auf die US-amerikanischen Debatten, doch auch Abgrenzungen und Unterschiede werden von deutschen Diskursteilnehmern thematisiert.

Michael Behrens und Robert von Rimscha, zwei erklärte „pc“-Gegner, nehmen auf den Diskurs der USA Bezug, um die nationalen Unterschiede und spezifischen Auswirkungen dieser „Gefahr für die Demokratie“ in der BRD hervorzuheben:

Den beiden amerikanischen Kerndomänen der Politischen Korrektheit, Rasse und Geschlecht, trat in Deutschland zwangsläufig eine dritte hinzu: die eigene Vergangenheit. Während in Amerika die Frage, ob Neger dümmer oder Frauen unterwürfiger sind, das absolute Tabu berührt, ist es in Deutschland die Frage, ob Juden reicher oder Bolschewisten böser als Nazis sind. (Behrens/Rimscha 1995, 21)

An diesem Beispiel wird deutlich, welche rassistischen, antisemitischen und sexistischen Formen in diesem Diskurs ihren Ausdruck finden und inwieweit die inhaltliche Füllung von Begriff und Diskurs rechtsextremen Intentionen Platz bietet.

„Politische Korrektheit“ in Österreich

Während in der BRD der Diskurs zu „political correctness“ in erster Linie in den Medien und

am Buchmarkt forciert wurde, sind österreichische Beiträge zum Diskurs in erster Linie in Tageszeitungen (hier vor allem in Kommentaren und LeserInnenbriefen) sowie in politischen Debatten zu finden. Im Vergleich zur BRD setzte die österreichische Diskursentwicklung zeitlich etwas später ein, verlief inhaltlich allerdings weitestgehend identisch. Für die österreichische Diskursgeschichte wird dies am Beispiel eines Artikels im Lifestylemagazin *Wiener* deutlich (Wiener Nr. 191, April 1996). Peter Hiess und Franziskus Kerksenbrock rechnen in ihrem – sicherheitshalber als Polemik ausgewiesenen – Text mit der „drohenden Diktatur der Halbgebildeten und Humorlosen über Sprache und Gesellschaft“ ab. Dabei konzentrieren sich die beiden Autoren vor allem auf die Beschreibung „politisch korrekter“ Verhaltensweisen. Sie charakterisieren die „Spezies“ „gute Menschen“ und geben den LeserInnen Tipps, wie man „politisch Korrekte zur Weißglut treibt“:

Erzählen Sie Schwulen-, Neger- und sonstige ‚geschmacklose‘ Witze. (...) Treten Sie für die Meinungsfreiheit ein – auch für die der Rechten. (...) Behaupten Sie, dass es Intelligenzunterschiede zwischen den Rassen gibt. (Wiener Nr. 191, April 1996)

Antifeministische, frauenfeindliche, antisemitische und rassistische Elemente dominieren diese diffamierende und lächerlichmachende Darstellung. „Politisch korrekt“ sei man, wenn man „Frau, schwul, Jude oder Neger“ sei. Außerdem werden Vergleiche mit dem Nationalsozialismus angestellt („die Verhinderer und Bücherverbrenner des ausgehenden 20. Jahrhunderts“) und die Shoah wird verharmlost („verabscheuungswürdige Dinge wie Sklaverei, Atomkrieg, Waldsterben, Holocaust und karierte Hosen“).

Kurze Zeit später wurde in der rechtsextremen österreichischen Zeitschrift *Aula* (7-8/96) dieser Artikel – neben der Wiedergabe von Konrad Paul Liessmanns (1996) Aufsatz *Der gute Mensch von Österreich* sowie dem *Appell der 100 – Die Meinungsfreiheit ist in Gefahr* – abgedruckt. Somit ist spätestens seit 1996 in Österreich die Aufweichung der ideologischen Grenzen im Anti-„pc“-Diskurs festzustellen, die sich in den nächsten Jahren weiter fortsetzte.

Das „Wesen“ der „Political Correctness“

Die Funktion des Metadiskurses zur „political correctness“ ist die Bildung eines Modelles, anhand dessen das Wesen – d.h. Inhalte, Ideologie und Methode – von „pc“ identifizierbar gemacht werden sollen. Es werden ausschließlich Denkbilder verwendet, deren soziale Bewertung und Verurteilung im Alltagswissen hegemonial ist. Denkbilder mit totalitären und diktatorischen Eigenschaften sind im Anti-„pc“-Diskurs ebenso stark zu finden wie religiöse und ethische Metaphern. „Political correctness“ wird dann u.a. als „Dogma“, „Inquisition“, „Zensur“, „Meinungsterror“, „Hetze“, „Relikt des Dritten Reiches“, „sprachlicher Benimmkodex“, „pharisäisch“, „Blockwartssystem“, „Diskursapartheid“, „Balkanisierung des Denkens“, „totale(r) rhetorisch-diskursive(r) Vernichtungswille“, „Gedankenpolizei“, „Diktatur“ oder „Gesinnungsterror“ bezeichnet.

Mit Hilfe dieser Denkbilder werden Inhalte und politische Zielsetzungen ausgeblendet und heruntergespielt, während an deren Stelle ihre angeblich intolerante und totalitäre Theorie und Praxis gesetzt werden. Bei den meisten totalitären Denkbildern handelt es sich zudem um solche, die seit 1945 im revisionistischen und revanchistischen Wortschatz der extremen Rechten gebräuchlich sind. In diesem Fall kann eine eindeutige Einflussnahme bzw. Nutzung der Anti-„pc“-Begrifflichkeiten durch rechts-extreme Diskurse festgestellt werden.

Den totalitären und diktatorischen Charakter der „political correctness“ betonen beinahe alle Autoren von Anti-„pc“-Büchern. Klaus J. Groth, konservativer Publizist und Journalist u.a. der rechten Zeitung „Rheinischer Merkur“, soll stellvertretend hier zu Wort kommen, weil seine Konstruktion die wesentlichen Basis-Charakteristika von „pc“ enthält:

Die Diktatur hat einen neuen Namen: Political Correctness. Sie kennt keinen Diktator. Nur Diktatoren. Sie ist die Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit. Die Minderheit der Political Correctness terrorisiert mit ihrem einseitig erklärten Tugendkanon, erstickt in Deutschland die Meinungsfreiheit. Die Einhaltung des Kanons wird unerbittlich im Namen des Guten, der ewigen Gerechtigkeit gefordert. Mit dem

allen Diktaturen eigenen Anspruch auf Alleingüte. Was nicht dieser Gütenorm gerecht wird, was sich nicht fügt und anpaßt, wird diffamiert und ausgegrenzt. Widerspruch wird nicht geduldet, Unpassendes verschwiegen oder schöngeboten. Diktaturen benutzen stets die gleichen Mittel. (...) Erst wenn das wahre Gesicht der Diktatoren erkennbar wird, werden auch die Absichten, die Helfer und die Hilfsmittel sichtbar. Im Fall der Political Correctness wird dann deutlich werden, wie eng die Grenze der Meinungsfreiheit in diesem Land inzwischen gezogen wurde, wie alltäglich die Diktatur der Political Correctness geworden ist. Dieses Buch will helfen, die Strategien der Political Correctness zu erkennen. (Groth 1996, 9 f.)

Groth schreibt hier „political correctness“ jene Wesenselemente und Charaktereigenschaften zu, die im gesamten Anti-„pc“-Diskurs dominant sind. „PC“ erscheint als gesichtslose, anonyme diktatorische Macht. Sein Konstrukt der „political correctness“ vermittelt das Bild einer eingeschworenen Sekte, die unberechenbar, verschworen und vor allem (noch) unentdeckt ihre Ziele mit totalitären Methoden verfolgt.

Michael Behrens und Robert von Rimscha wiederum bezeichnen „political correctness“ als „verbale Apartheid, die tausende Homelands schafft und aus diesen dann einen segregierten Staat“ bilde (Behrens/Rimscha 1995, 177). Ulrich Schacht spricht bei seinen Überlegungen zur „deutsche(n) Identität nach Auschwitz“ ebenfalls vom „Blockwart-System der westdeutschen PC-Gesellschaft“, in der für sein Empfinden eine „Diskurs-Apartheid“ (Schacht 1994, 60) mit „totale(m) rhetorisch-diskursive(n) Vernichtungswillen“ gegenüber der „eigenen nationalen Identität“ herrsche, die „mit dem totalen Vernichtungswillen NS-Deutschlands gegenüber dem jüdischen Volk“ (Schacht 1994, 63) identisch sei.

Welche Funktionen erfüllt nun der Begriff „political correctness“ mitsamt seinen anti-demokratischen und anti-emanzipatorischen Zuschreibungen? Zwei Funktionen dominieren die Verwendung des Begriffes: Stigmawort und Feindbild.

Stigmawort „Political Correctness“

Die Verwendung von Stigmawörtern in politischen Auseinandersetzungen ist seit jeher Teil

politischer Diskurse. Sie dienen als „griffige Kürzel für die Programme und Positionen des politischen Gegners“ (Frank 1996b, 187) und erfüllen primär die Funktion, die politische Gegenseite herabzusetzen und als Feind der verbindlichen sozialen Werte zu kennzeichnen. Im Gegensatz zu politischen Fahnenwörtern handelt es sich bei Stigmawörtern allerdings durchwegs um negative Fremdbezeichnungen.

Konstitutiv für die Funktion von Stigmawörtern ist deren „deotonische Bedeutungskomponente“ (Frank 1996b, 187), die dem Wort eine imperative *nicht dürfen-, dürfen- oder sollen-*Konnotation als integralen Bestandteil beifügt.

Damit läßt sich begrifflich fassen, daß die Bewertung durch die Sprecherin und der Appell an den Adressaten, sich dieser Bewertung anzuschließen und entsprechend zu handeln, häufig ein und dasselbe sind. (Frank 1996b, 188)

Welche deotonische Bedeutungskomponente ein Stigmawort wiederum konkret besitzt, wird durch die zu diesem Zeitpunkt geltende semantische Norm bestimmt. Diese Norm wird diskursiv hergestellt und speist sich aus dem dominanten Diskurs sowie dem zugrundeliegenden hegemonialen Wertesystem (inklusive Stereotypen und Vorurteilen).

Stigma- und Fahnenwörter sind generell unkämpft und stützen sich selten auf nur eine geltende Norm. Tatsächlich liegen der Etablierung von solchen Schlagwörtern immer mehrere semantische Normenkonzepte zugrunde, die in konkurrierenden Diskursen realisiert werden. Bei dem Begriff „political correctness“ kann jedoch von einer Konkurrenz verschiedener Normenkonzepte keine Rede sein. Frank konstatierte für die Diskurssituation der BRD, dass bis dahin „pc“ zwar „nicht ausschließlich als Stigmawort gebraucht (wurde), aber das Konzept des Stigmawortes ist offenbar so dominant, daß es nahezu unmöglich ist, sich ohne Distanzierungssignale positiv auf ‚P.C.‘ zu beziehen“ (Frank 1996b, 209). An diesem Zustand hat sich in den vergangenen Jahren im wesentlichen nichts geändert, vielmehr ist eine Verstärkung der negativen Bedeutungskomponenten auszumachen. Franks Annahme,

dass „das Konzept des Stigmawortes (...) offenbar auf dem Weg (ist), geltende semantische Norm zu werden, die – unabhängig von ihrer politischen Einstellung – von allen Sprecherinnen und Sprechern anerkannt wird“ (Frank 1996b, 209), hat sich bestätigt. In diesem Sinne ist der Begriff „political correctness“ in seiner aktuellen dominanten und hegemonialen Bedeutungsform – als negative Fremdbezeichnung und mit moralisch-imperativen Konnotationen besetzt – als Stigmawort zu identifizieren.

Feindbild „Political Correctness“

Die Unterscheidung zwischen Stigmawort und Feindbild ist notwendig, da mit der Fremddefinition „pc“ nicht nur bestimmte inhaltliche Positionen bezeichnet werden, sondern auch eine Gruppe von Personen gemeint ist, die namenlos und in gewisser Weise auch gesichtslos imaginiert wird. Nämlich als unkonkrete, formenlose und unscharfe, aber doch machtvolle und bestimmende ideologische Kraft. Ein von konspiratorischen Ideen getragenes Feindbild wie das Konstrukt „political correctness“ ermöglicht es nämlich, „Aggressionen, Haß und Energien, die aus einer unterdrückten Frustration erwachsen, (...) auf ein einheitliches Feindbild – den ideologischen ‚Sündenbock‘“ – zu fokussieren und so mit stabilisierender Funktion von den herrschenden Strukturen abzulenken (Petri 1998, 196). Die Feindbildkonstruktion einer „politisch korrekten“ Die-Gruppe weist zudem in Struktur, Funktion und Intention auffallende Parallelen zu antisemitischen Verschwörungsmethoden auf.

Charakteristisch für die „pc“-Rezeption in der BRD und Österreich war/ist das absolute Fehlen einer real existierenden Gruppe, Institution oder ähnlichem, die sich das Etikett „politisch korrekt“ selbst angeheftet hätte. Tatsächlich erfüllte der Begriff in erster Linie seine Funktion als Fremddefinition bzw. -zuschreibung, zu der die stigmatisierende und diffamierende Bedeutung hinzugefügt wurde. Somit war das sonderbare Phänomen zu beobachten, dass die KritikerInnen der „political correctness“ auf

keine GegnerInnen stießen, die sich selbst als „politisch korrekt“ bezeichnet hätten. GegnerInnen mussten erst konstruiert werden, wobei auf die traditionellen Feindbilder der alten und neuen Rechten zurückgegriffen wurde. Dabei ist zu beobachten, dass dieser reaktionär dominierte Diskurs ebenso von Linken wie auch von Rechten geführt wird, die vor allem über ihre antifeministischen Positionen zusammenfinden und mit der abwertenden Formel „pc“ Frauen lächerlich machen, „die zu sehr auf ihre Rechte pochen, mit dem schlichten Hinweis auf ihre politische Korrektheit“ (Junge/Naumann/Stark 1997, 17).

Schon für die journalistische Inszenierung der negativen „pc“-Konstruktion – in den USA wie auch in der BRD und in Österreich – war primär charakteristisch, dass die Texte nicht auf die Reflexionsfähigkeit der LeserInnen abzielten, sondern Stereotype voraussetzten, bedienten und bestätigten.

Statt zu argumentieren, stellen die Verfasser und Verfasserinnen eine pejorative Bedeutung von P.C. mit suggestiven Strategien wie Diffamierung und Banalisierung her, die mit Hilfe mehr oder weniger subtil eingesetzter sprachlicher Mittel (Anspielungen, Metaphorisierungen, Präsupposition, implizite Schlußfolgerung usw.) umgesetzt werden. (Frank 1996b, 210)

Ein wesentliches semantisches Mittel in der Etablierung negativer Konnotationen sind Denkbilder und Chiffrierungen. Unter der Chiffre „political correctness“ werden „die Linke“, „der Feminismus“, „der Antifaschismus“ etc. pauschal und zugleich variabel subsumiert, denn während die einen ihre Anti-„pc“-Haltung vor allem gegen Teile der Neuen Sozialen Bewegungen, Feministinnen oder AntifaschistInnen richten, wenden sich andere „pc“-OpponentInnen gegen UmweltschützerInnen, TierrechtsaktivistInnen oder gar gegen Mülltrennung. Aufgrund des inflationären Gebrauchs und der Unschärfe der Bezeichnung „pc“, die konstitutiv für deren Funktion und Instrumentalisierung ist, können die vermeintlichen „pc“-AkteurInnen und Subjekte nur über den Umweg der „pc“ zugeschriebenen inhaltlichen Positionen identifiziert werden.

Dazu dürften das Engagement für gesellschaftliche Demokratisierungs- und Emanzipationsprozesse ebenso gezählt werden wie die Parteilichkeit für die Unterdrückten, Diskriminierten und Unterprivilegierten in dieser Gesellschaft, für Frauen, für Homosexuelle, für Flüchtlinge, für Ausländerinnen und Ausländer usw. (Frank 1996b, 211)

Ideologische Funktionen des Stigmawortes und Feindbildes „Political Correctness“

Eine wesentliche Funktion des Diskurses scheint die Möglichkeit zu sein, antifeministische, rassistische, antisemitische und andere diskriminierende Äußerungen wieder tätigen zu können, ohne dabei wesentliche Sanktionen befürchten zu müssen. Die „Dinge wieder beim Namen nennen“ (Groth 1996, 21) zu können, wird auch von deutschen und österreichischen „pc“-GegnerInnen als vorrangiges Bedürfnis genannt. Stellvertretend kommt hier – zur Veranschaulichung der diskriminierenden Funktionen des Anti-„pc“-Diskurses – wieder Klaus J. Groth zu Wort:

Der Neger ist ein Neger. Und das bleibt er auch. Der Schwule ist ein Schwuler, und wenn er mit sich einverstanden ist und sich nicht ummodellieren lassen muß, dann bleibt er's auch. Die Putzfrau ist eine Putzfrau, und solange sie damit ihr Geld verdient, nennt sie sich auch so. (Groth 1996, 21)

Konkret auf den rechtsextremen Diskurs zu „political correctness“ bezogen, sind hier ebenso diskursive Strategien mit dem Ziel der Sagbarmachung des bisher Unsagbaren auszumachen. Tabubrüche werden inszeniert und zelebriert.

Political correctness ist ein Kampfbegriff, mit dem rechtsextreme Ideologen demokratische Positionen in Frage stellen, um ihre eigene Position um so wirkungsvoller zur Geltung zu bringen. Der Effekt dieser Diskursstrategie steigert sich noch, wenn die vermeintlichen Vertreter von pc mit einer Machtfülle imaginiert werden, die ihresgleichen sucht. Unter dem Vorwand, das Nicht-Sagbare sagbar zu machen, werden undemokratische Positionen als legitime Äußerungen markiert. (Jäger/Jäger 1999, 99 f.)

Re-Patriarchalisierung

Generell ist die Ausrichtung des Anti-„pc“-Diskurses von Re-Patriarchalisierungs- und Normalisierungstendenzen geprägt. Unter dem Begriff der Re-Patriarchalisierung sind hier nicht nur sämtliche sexistische und antifeministische Intentionen zu fassen, sondern ebenso (neo-)rassistische, antisemitische, nationalisierende, homophobe und prinzipiell homogenisierende Bestrebungen, die die umfassende Restauration westlich-patriarchaler Ordnungsmodelle zum Ziel haben. D.h., der Diskurs ist allgemein konservativ ausgerichtet und bietet etliche Anknüpfungspunkte für extrem konservative – also rechtsextreme – Diskursstränge.

Die Vehemenz und verbale Aggressivität, mit der in den USA wie auch in der BRD und Österreich „political correctness“ angegriffen wird, welche Politiken und Inhalte unter dieser Bezeichnung subsumiert werden und zu welchen bedrohlichen Ausmaßen dieses Feindbildkonstrukt von seinen GegnerInnen aufgeblasen wurde, legt einen Schluss nahe. Nämlich dass es aufgrund der Kritik und Dekonstruktion patriarchaler/weißer/heterosexueller/eurozentristischer Normenkonzepte und Ordnungsmodelle auf Seiten der davon Profitierenden zu einer Suche nach modifizierten Deutungsmustern kam, „mit denen die empirische Realität ungleicher Partizipation nicht nur gerechtfertigt, sondern auch bereits gewandelte Strukturen wieder re-maskulinisiert bzw. re-ethnisiert werden können“ (Huhnke 1997, 323).

Zudem ist „political correctness“ im öffentlichen Diskurs als ein „überwiegend von Männern genutzte(s) sprachliches Phantom“ zu sehen (Huhnke 1997, 316). Der deutschsprachige Diskurs zu „pc“ ist aufgrund der Dominanz und Mehrzahl männlicher Diskursteilnehmer, der inhaltlichen Ausrichtung der Anti-„pc“-Positionen (Re-Patriarchalisierung) sowie der in diesem Diskurs vermittelten Vorstellungen von Männlichkeit als „männlicher“ Diskurs zu werten.

Für Karsta Frank (1996a) erfüllt der Anti-„pc“-Diskurs der BRD vor allem die Funktion, eine neue Form von Antifeminismus zu etablieren. Durch den Einsatz diskursiver Strategie

wie Ironisierung, Banalisierung, Umdeutung, Diffamierung sowie Täter-Opfer-Umkehr, die zu einem großen Teil auf feministische Inhalte und Positionen angewendet werden, trägt eines der Feindbilder eindeutig weibliche – genauer: feministische – Züge (Frank 1996a, 33).

Zwar ist Franks Analyse dieser ideologischen Funktion zuzustimmen, doch erfüllt der Diskurs in der BRD und Österreich zusätzliche Funktionen. Es ist ebenso eine strategische Modifizierung von antisemitischen, nationalistischen, rechtsextremen und rassistischen Diskurselementen festzustellen. Aus diesem Grund ist der Diskurs zu „political correctness“ in Österreich und in der BRD als elementarer Teil der Normalisierungsdiskurse zu bezeichnen, mit national ähnlichen, aber doch auch spezifischen Funktionen und Ausrichtungen. Für die BRD sind als Kontext die Normalisierungsdiskurse nach dem Fall der Berliner Mauer, etwa die Auseinandersetzungen um das Berliner Holocaust-Mahnmal oder Martin Walsers Friedenspreisrede zu nennen. Normalisierungsdiskurse werden vor allem von jenen vorangetrieben und etabliert, die sich als Teil der nationalistischen „89er Generation“ verstehen. In Österreich profitiert davon im wesentlichen das wertkonservative und rechtsextreme Lager – parteiförmig repräsentiert durch ÖVP und FPÖ.

Re-Maskulinisierung

Innerhalb der Re-Patriarchalisierungsziele des Anti-„pc“-Diskurses sind zudem re-maskulinisierende Elemente zu erkennen. Hier wird versucht eine Form von Männlichkeit zu inszenieren, die zum einen das „Weibliche“ als das absolut Andere konstruiert und zum anderen einen starken männlich-soldatisch-heroischen Touch verleiht, den die Vertreter der „Neuen Rechten“ präferieren.

Die inszenierte Selbstheroisierung als mutige Kämpfer gegen „political correctness“ ist vor allem bei konservativen, „neurechten“ bzw. rechtsextremen „pc“-Gegnern zu finden. Das wohl deutlichste Beispiel dieser Restauration eines

chauvinistischen Männlichkeitsbildes ist ein Artikel von Gerhoch Reisesegger in der rechts-extremen *Aula* (Aula 5/96). Reisesegger sieht „Widerstand“ gegen „political correctness“ als historischen Auftrag für deutschnationale und schlagende Burschenschaften. Aus den ideologischen Ursprüngen dieser Männerbünde leitet Reisesegger diese Berufung ab. Ihre heute noch währende „Treue zu Volk und Vaterland“ befehle den Burschenschaften geradezu, diese mit allen Mitteln und Kräften zu verteidigen. Durch seine dramatisierende Stilisierung des „absoluten Feind(es)“, der mit „Massenvernichtungsmitteln“, „ideologischer Kriegsführung“ und „political correctness“ als „Mittel der permanenten Kriminalisierung“ ausschließlich auf „Vernichtung“ des „deutschen Volkes“ aus sei, gerät auch „Widerstand“ zur männlich-heroischen Tat.

Und auch Thomas Chorherr betonte in seinen *Presse*-Kolumnen, „es gehört Mut dazu, sich nicht dem Diktat der Political Correctness zu beugen“ (Die Presse 10. 1. 1998). Dass „political correctness“ mit un-„männlicher“ – also „weiblicher“ – Feigheit assoziiert werden soll, will offensichtlich auch Klaus J. Groth, denn er meint: „Tapferkeit ist keine Vokabel aus dem political correcten Wortschatz.“ (Groth 1996, 117)

Antifeminismus – Neorassismus – Antisemitismus

Da der Diskurs als „Vernetzungsknoten“ funktioniert, mit dem „sich die Vielfalt unterschiedlicher Ausgrenzungsdiskurse bündeln und in den Dienst von Täter-Opfer-Umkehrungen stellen lässt“ (Huhnke 1997, 316), finden sich antifeministische, rassistische/antisemitische, anti-antifaschistische, nationalistische Diskursstränge in allen Texten wieder.

Die Variante des Anti-„pc“-Diskurses, in der antifeministische Positionen dominant sind, bezieht sich auf die Abwehr feministischer Forderungen, Maßnahmen und Errungenschaften in allen sozialen und politischen Bereichen. Diese ideologische Ausrichtung ist nicht bei allen „pc“-GegnerInnen gleichermaßen dominant, doch zumindest latent vorhanden.

Als ein journalistisches Beispiel für die Symbiose aus antifeministischer Re-Maskulinisierung und „Widerstand“ gegen „political correctness“ ist ein anderer Artikel aus dem österreichischen Lifestylemagazin *Wiener* zu zitieren. „Im Jahr von Clinton, Postfeminismus und Viagra“ verfasste der Autor Manfred Sax ein „maskuline(s) Manifest“. Sax' düsteres Szenario: „Die Männerwelt steht nicht mehr lang. Der männliche Mann, früher ein Jäger und Eroberer, ist heute eine vom Aussterben bedrohte Spezies.“ (Wiener 221/Oktober 1998) Schuld daran seien „Feminismus und die Gebote der Politischen Korrektheit“, die dem „männlichen Mann“ seinen „Lebensraum“ nehmen und ihn von seinen „primären Aufgaben“, nämlich „Selbsterhaltung und Fortpflanzung“, abhalten würden.

Von der totalen „Vernichtung“ sieht auch Groth die Männer durch die feministische Komponente der „political correctness“ bedroht. In seiner Imagination werde die „maskuline Dominanz“ solange „ausgemerzt“, bis das feministische Ziel erreicht sei: „Wenn die Männer eliminiert sind“. „Erst in der Sprache, dann im Bewußtsein und schließlich aus dem Leben, abgeschoben in abgesicherte Reservate?“ (Groth 1996, 214 f.) In Groths Bedrohungsszenario wird die antifeministische Intention noch mit homophoben Feindbildern ergänzt, denn die Gegnerin trägt nicht nur feministische, sondern auch lesbische Züge: „Die Konsequenz ist lesbisch. (...) Lesbischsein wird zum letztgültigen Nachweis vollendeter Emanzipation.“ (Groth 1996, 215)

Die rassistisch dominierten Teile des Anti-„pc“-Diskurses decken sich in Argumentation und Inhalt mit dem neorassistischen „Ethnopluralismus“-Diskurs der „Neuen Rechten“. Hauptangriffsziel ist die „Multikulti“-Gesellschaft, die von „Gutmenschen“ und „politisch Korrekten“ angestrebt werde. Laut Behrens und Rimscha sei das „erste Gebot aller politisch Korrekten“ nämlich „Mein Freund ist Ausländer“, da versucht werde, „auf Biegen und Brechen die Multi-Kulti-Societas“ durchzusetzen. Denn „wenn es ein Minenfeld auf dem Terrain des politisch Korrekten gibt, dann ist das die Debatte über Einwanderung, Asyl und Aus-

länderkriminalität.“ (Behrens/Rimscha 1995, 132) Menschen in Migration oder auf der Flucht werden hier in kausalem Zusammenhang zu „Ausländerkriminalität“ gebracht. Behrens und Rimscha belassen es allerdings nicht bei dieser rassistischen Projektion, sondern sprechen für die deutschen Verhältnisse - nach den Mordanschlägen auf MigrantInnen in Rostock, Lichtenhagen, Mölln, Solingen, etc. - auch noch von einer „vermeintlichen Fremdenfeindlichkeit“, die von den „Meinungsmachern“ dementsprechend instrumentalisiert werde: „Ausländer seien immer Opfer, nie aber Täter.“ (Behrens/Rimscha 1995, 135)

Hier wird neorassistische Argumentation insofern modifiziert, als nicht mehr allein die genetische Programmierung bzw. triebhafte Abwehr allen „Fremdens“ als Erklärung für rassistisches Verhalten herangezogen wird, sondern außerdem die „politisch korrekte“ Ideologie und Politik. Die Methode dieser diskursstrategischen Modifikation ist sowohl die Behauptung anti-rassistischer Tabus, die zu brechen seien, als auch eine Täter-Opfer-Umkehr. Unter der Berufung auf das liberale Prinzip ist der neorassistische Diskurs der Meinungsfreiheit in der Lage, sich auf den politischen, journalistischen und alltagssprachlichen Diskursebenen einzumischen und so seine Inhalte im öffentlichen Diskurs – und damit in den Köpfen der Menschen – zu etablieren.

Der Diskurs zu „political correctness“ wird allerdings nicht nur rassistisch gefüllt, sondern erfüllt auch eine spezifische Funktion in der Wiederbelebung von Verschwörungsmythen, die zumindest strukturell, aber oft auch offen antisemitisch formuliert werden. Als strukturell antisemitisch sind jene Elemente in der „pc“-Konstruktion zu bewerten, die „political correctness“ als anonyme, nicht-personale, nicht greifbare, aber äußerst machtvolle Institution darstellen.

Um die Macht und den extremen Einfluss von „political correctness“ möglichst überzeugend und nachhaltig konstruieren zu können, greifen die AntisemitInnen unter den „pc“-GegnerInnen auf jene Codes zurück, die Assoziationen mit „jüdischen Weltverschwörungen“ herstellen. Groth zufolge funktioniert die „political

correctness“ nämlich wie „ein Prinzip kommunizierender Röhren“ und „eine Hand wäscht die andere“. „PC“ sei ein Freundschaftsdienst, in dessen Genuss man nicht allein durch „Gesinnung“, sondern durch „Geld, Einfluß, Posten und Prestige“ komme (Groth 1996, 69). Auch Robert Streuckers, eine zentrale Figur in der belgischen „Neuen Rechten“ sowie im rechts-extremen Netzwerk der „Europäischen Synergien“, spricht ebenso von den „organisierten Kreise(n) der ‚political correctness‘“ (Zur Zeit 33/98).

Kurt Dieman griff in einem seiner *Briefe eines gelernten Österreichers* (Zur Zeit 6-7/00) ebenfalls auf Verschwörungsmythen zurück. Penibel weist er die angeblich geheime Bedeutung der Zahlen, Symbole und Bilder im UNO-Zeichen sowie im Staatssiegel der USA nach („33 Grade der Hochgradfreimaurerei“ und die Zahl 13 als „jüdische Glückszahl“), um u.a. behaupten zu können, die Basis der 13-stufigen Pyramide im Staatssiegel der USA stehe für „Gutmenschlichkeit“ und „politische Korrektheit“ (Zur Zeit 6-7/00).

Ariel Muzicant, Präsident der israelitischen Kultusgemeinde Österreichs, wurde von *Zur Zeit*-Redakteur Alexander Endlweber offen antisemitisch angegriffen, indem er Muzicant mit typischen Argumenten des sekundären Antisemitismus als „Gutmensch“ beschimpfte, der quasi selbst am Aufkommen von Antisemitismus in Österreich schuld sei (Zur Zeit 51-52/98). Dem „Juden“ Muzicant wurde ganz in rechtsextremer Manier sein Platz außerhalb der österreichischen „Volksgemeinschaft“ wieder in Erinnerung gebracht. Endlweber füllte den „Gutmenschen“-Begriff mit antisemitischen Bildern, indem er Muzicant unterstellte, die „ständig geforderte Toleranz selbst nicht auf(zu)bringen“, „auf einem Rachezug“ zu sein, „den Moralapostel“ zu spielen und „Wasser zu predigen, aber Wein zu trinken“ (Zur Zeit 51-52/98). Konstitutiv für Endlwebers Formulierungen ist die dominant antisemitisch konnotierte Bezeichnung „Gutmensch“. Der antisemitische Diskurs wird damit weiter modernisiert und mit dem „Gutmenschen“-Begriff wurde ein weiteres Codewort adaptiert.

„Gutmenschen“

Als semantisches Phänomen, das im österreichischen und deutschen Diskurs zu „political correctness“ kurze Zeit nach dessen Etablierung auftrat und seitdem komplementär wirkt, ist die Bezeichnung „Gutmensch“ zu sehen. In US-amerikanischen Debatten existiert kein anglizistisches Äquivalent. Interessanterweise gibt es für die deutschsprachige Begriffsgeschichte und Wortschöpfung des „Gutmenschen“ keine einhellige Theorie für Ursprung und UrheberInnenschaft dieser semantischen Kreation.

Diedrich Diederichsen meint, der negativ konnotierte, aber zuerst ironisch gemeinte Begriff des „guten Menschen“ sei von der deutschen Satirezeitschrift *Titanic* kreiert worden (Diederichsen 1996, 112). Brigitta Huhnke wiederum nennt Kurt Scheel, den Herausgeber der konservativen deutschen Zeitung *Rheinischer Merkur*, der für sich selbst die UrheberInnenschaft des diffamierenden „Gutmenschen“-Begriffes reklamiert. Allerdings fand sich schon 1981 in Botho Strauß' Episodensammlung *Paare Passanten* der eindeutig negativ konnotierte Begriff „gut“ (Huhnke 1999, 22). Doch auch wenn bezüglich der UrheberInnenschaft keine Einhelligkeit herrscht, ist doch die diskursstrategische Funktion der Fremdbezeichnung evident. Inhaltlich gleichermaßen entleert wie die Bezeichnung „pc“, wurde „Gutmensch“ letztendlich ein ebenso diskurspolitisch effizienter Baustein, der als ideologischer Code Bedeutungen regelt und Wertungen bestimmt, die „die so benannte Person und alles, was mit ihr zusammenhängt, disqualifizieren“ (Diederichsen 1996, 116). Gleichzeitig sind Bedeutungsverschiebungen möglich, da Inhalt und Zuschreibungen des „Gutmenschen“-Begriffes weitestgehend – aber ausschließlich im negativen Konnotationsspektrum – offen und variabel sind.

In Österreich dürfte ein Essay von Konrad Paul Liessmann, der 1992 erstmals auf der Kommentarseite des *Standard* publiziert wurde, modellbildend für den Gebrauch des negativ konnotierten „Gutmensch“-Begriffes gewesen sein. Liessmann (1996) integrierte in seine

Kritik an Antifaschismus und linken Ideologien den Begriff des „guten Menschen“, den er als negatives Synonym und diffamierende Metapher für seine Argumentation nutzte. Liessmann zufolge leide die österreichische Linke seit 1989 unter einer „fundamentalen Legitimationskrise“, die mit einem bestimmten Mittel vertuscht werde: dem „Gespenst des Faschismus“ (Liessmann 1996, 32). Liessmann konstruiert den „guten Menschen“ Österreichs weiter als dichotomisch denkendes und handelndes Wesen, das sein Weltbild nach Freund-Feind-Kriterien unterscheide und sich selbst ausschließlich mittels Negativdefinition und Oppositionsstellung definiere.

Der gute Mensch ist gut, weil andere böse sind. Er weiß nicht mehr, wofür er sein soll, aber er weiß, wogegen er sein soll. (Liessmann 1996, 33)

Diese Unterscheidungen treffe der „gute Mensch“ allerdings nicht aufgrund von objektiven Kriterien und rationalen Entscheidungsfindungen, sondern er „wittert“ und „markiert“ alles, was freundlich oder feindlich ist, denn „xenophil“, „gut und selbstlos“ wie dieser Menschentyp sei, sind die Freund-Gruppen automatisch vorgegeben: „Ausländer und Frauen zum Beispiel“. Auf diese Weise Sorge der „gute Mensch“ für „Ordnung“ und „Übersichtlichkeit“. „Mit einem Wort: Der gute Mensch ersetzt das Denken durch die Moral.“ (Liessmann 1996, 37).

Mittlerweile hat sich die negative Bedeutung des Wortes „Gutmensch“ durchgesetzt und erfreut sich aufgrund seiner diffamierenden und desavouierenden Funktion auf journalistischen und Alltagssprachlichen Diskursebenen ebenso wie im ideologischen Vokabular der FPÖ einer Hochkonjunktur. Denn wie auch Thomas Rothschild meint, erscheint „nichts anstößiger als der Verdacht, man könnte ein guter Mensch sein, und Korrektheit ist, begleitet vom Attribut ‚politisch‘, offenbar ein grandioser Makel“ (Rothschild 1997, 103).

Das für den österreichischen „Gutmenschen“-Diskurs wohl prägendste Jahr war 1999, als in den öffentlichen Diskursen vor allem über den Erstickungstod von Marcus Omofuma im Beisein österreichischer Fremdenpolizisten (1. Mai

1999), dem FPÖ-Erfolg bei den Nationalratswahlen (3. Oktober 1999) und den darauf folgenden öffentlichen Protesten (anti-rassistische und anti-faschistische Demonstration am 12. November 1999) der negative Begriff „Gutmensch“ dermaßen fest im journalistischen und alltagssprachlichen Wortschatz verankert wurde, dass es doch überrascht, dass „Gutmensch“ nicht zum österreichischen „Wort des Jahres“ gewählt, sondern knapp von „Sondierungsgesprächen“ geschlagen wurde (Kurier, 16. 12. 1999).

Resümee

VertreterInnen der „Neuen Rechten“ beteiligen sich ebenso wie traditionelle Rechts-extremistInnen und (Neo-)Konservative an der Strukturierung des Anti-„pc“-Diskurses und profitieren wesentlich von der Etablierung dieses Stigmawortes. Dabei stellte der reaktionäre und wertkonservative Charakter des Diskurses der „Neuen Rechten“ jene diskursiven und semantischen Vehikel zur Verfügung, die die Platzierung und Integration rechtsextremer Topoi (Neorassismus, NS-Relativierung, nationale Identität & selbstbewusste Nation, Antifeminismus, etc.) im öffentlichen Diskurs erheblich erleichterten.

Bei einer genauen Betrachtung des Diskurses, der Funktionen des Begriffes sowie der ideologischen Ausrichtung ist daher die Übereinstimmung der Intention, Funktion und Ziele mit rechtsextremen Ideologiemerkmalen – antiemanzipatorisch, antipluralistisch, antiliberal und antidemokratisch (Holzer 1993) – deutlich zu erkennen. Mit Hilfe der Darstellung und Analyse der dominanten Strukturen des rechten Redens gegen „political correctness“ kann dieses Phänomen den „neurechten“ Durchdringungs- bzw. Normalisierungsdiskursen zugeordnet werden. Denn im Diskurs zu „political correctness“ kamen typische „neurechte“ Diskursstrategien zur Anwendung. „PC“ wurde diffamiert und verhöhnt, ebenso wie die subsumierten Positionen und Inhalte delegitimiert wurden. Neue „Opfer“ und „TäterInnen“ wurden konstruiert und der „Tabubruch“ institutio-

nalisiert. Mittlerweile genügt die Nennung von „political correctness“ oder „Gutmenschen“, denn aufgrund der dominanten negativen Konnotation und spezifischen Assoziationen wird verstanden, was damit und wie es gemeint ist. Somit ist der Diskurs zu „political correctness“ als indirekter und symbolischer Diskurs zu bewerten, der mittels Anspielungen und Andeutung effektiv arbeitet.

Aufgrund der deutlichen männlichen Dominanz, der re-patriarchalisierenden Funktion sowie der weiblichen (bzw. unmännlichen) Konnotation des „political correctness“-Konstruktes ist dieser Diskurs außerdem als männlicher Diskurs zu identifizieren. Schließlich wird der Diskurs effektiv für antisemitische, rassistische, revisionistische, antifeministische und sexistische Ziele genutzt.

Aufgrund seiner Geschichte, seines politischen Kontextes (Historikerstreit, Walser-Debatte, FPÖ-Wahlerfolg etc.), seiner ideologischen Funktion (Re-Etablierung antisemitischer Codes, Enttabuisierung rassistischer und revisionistischer Inhalte, antifeministischer Backlash), seines „Ortes“ (Zur Zeit, Aula, Presse, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Zeit etc.) und seiner Methoden kann der Diskurs außerdem als symptomatisch für die politische Kultur Österreichs und der BRD – basierend auf der postnationalsozialistischen Vergangenheit der beiden Staaten – gewertet werden.

LITERATUR

- Behrens, Michael/Robert v. Rimscha* (1995). „Politische Korrektheit“ in Deutschland. Eine Gefahr für die Demokratie, Bonn.
- Bernstein, Richard* (1990). The Rising Hegemony of the Politically Correct, in: New York Times, 28. Oktober 1990.
- Diederichsen, Diedrich* (1996). Politische Korrekturen, Köln.
- Dieman, Kurt* (2000). Briefe eines gelehrten Österreicher, in: Zur Zeit, 6-7/2000.
- Frank, Karsta* (1996a). PC-Diskurs und neuer Antifeminismus in der Bundesrepublik, in: Das Argument, 213/1996, 25 ff.
- Frank, Karsta* (1996b). Political Correctness. Ein Stigmawort, in: *Diekmannshenke, Hajo/Josef Klein* (Hg.): Wörter in der Politik. Analysen zur Lexemverwendung in der politischen Kommunikation, Opladen, 185 ff.

- Groth, Klaus J. (1996). Die Diktatur der Guten. Political Correctness, München.
- Holzer, Willibald I. (1993). Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze, in: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien, 11 ff.
- Huhnke, Brigitta (1997). PC: Das neue Mantra der Remaskulinisierung, in: *Cleve, Gabriele/Ina Ruth/Ernst Schulte-Holtey/Frank Wichert* (Hg.): Wissenschaft Macht Politik. Interventionen in aktuelle gesellschaftliche Diskurse, Münster, 315 ff.
- Huhnke, Brigitta (1999). „political correctness“ – ein Mantra nationaler Erweckung, in: *ZAG. Antirassistische Zeitschrift*, 30, 20 ff.
- Jäger, Margret/Siegfried Jäger (1999). Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens, Berlin.
- Junge, Barbara/Julia Naumann/Holger Stark (1997). Rechtsschreiber. Wie ein Netzwerk in Medien und Politik an der Restauration des Nationalen arbeitet, Berlin.
- Liessmann, Konrad Paul (1996). Der gute Mensch von Österreich. Essays 1980 – 1995, Wien.
- Petri, Franko (1998). Der Weltverschwörungsmythos. Ein Kaleidoskop der politischen Esoterik, in: *Reinalter, Helmut/Franko Petri/Rüdiger Kaufmann* (Hg.): Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Strukturen der Entsolidarisierung, Innsbruck/Wien, 188 ff.
- Rothschild, Thomas (1997). Das Sichrovsky-Syndrom, in: *Steiner, Wilfried* (Hg.): Zensur oder freiwillige Selbstkontrolle? Vom Tabubruch zur politischen Korrektheit, Hamburg, 103 ff.
- Schacht, Ulrich (1994). Stigma und Sorge. Über deutsche Identität nach Auschwitz, in: *Schwilck, Heimo/*Ulrich Schacht (Hg.): Die selbstbewußte Nation. „Anschwellender Bocksgesang“ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte, Frankfurt am Main/Berlin, 57 ff.
- Smith, Dorothy E. (1995). „Politically Correct“. An Ideological Code, in: *Richer, Stephen/Lorna Weir* (Hg.): Beyond political correctness. Toward the inclusive university, Toronto, 23 ff.
- Uthmann, Jörg v. (1991). Napoleon, der Nasendieb. Amerikas Universitäten büßen die Sünden des Westens, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 55/6.3.1991.
- Zimmer, Dieter E. (1993). PC oder: Da hört die Gemütlichkeit auf, in: *Die Zeit*, 43/22.10.1993.
- Weir, Lorna (1995). PC Then and Now. Resignifying Political Correctness, in: *Richer, Stephen/Lorna Weir* (Hg.): Beyond political correctness. Toward the inclusive university, Toronto, 51 ff.

AUTORIN

Katrin AUER, geb. 1974, Studium der Politikwissenschaft und Geschichte (Mag. phil.) an der Universität Wien, Mitarbeiterin des Ausstellungsprojektes „wege nach ravensbrück. Erinnerungen von österreichischen Überlebenden des Frauen-Konzentrationslagers“, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Konfliktforschung (Wien), Forschungsinteressen: Rechtsextremismus und „Neue Rechte“, NS-Geschichte, Oral History, Gender Studies.

Adresse: Institut für Konfliktforschung, Lisztstraße 3, A-1030 Wien, katrin.auer@ikf.ac.at